

Für eine zukunftsfähige Schule

Vortrag von Andreas Bluhm, Vizepräsident des Landtages von Mecklenburg-Vorpommern und bildungspolitischer Sprecher der Fraktion der Linkspartei.PDS im Landtag

Der heutige Veranstaltungsort einer Bildungskonferenz hat bildungspolitische Tradition – auf dem Campus der Universität Rostock studierten viele heute im Schuldienst stehende Lehrerinnen und Lehrer. Gleichzeitig ist es angesichts vieler aktueller Probleme trotzdem wichtig, sich aus den stürmischen Wellen des Schulalltags herauszuheben, um die aktuellen Fragen der Bildungspolitik zu diskutieren.

Zu drei Vorbemerkungen, die neben vielschichtigen Rahmenbedingungen wie Demographie, Finanzen, Wertediskussion, Lehrerarbeitszeit, Erwartungshaltung von Gesellschaft, Lehrern, Eltern und Schülern, die auch alle Berücksichtigung verdienen, aber zu denen ich aus Zeitgründen nichts sagen kann, möchte ich mich nun kurz äußern:

Erstens: Es ist schon beeindruckend, wie Werbung und Marketingstrategien hunderttausende Menschen des Nachts auf die Straßen bringen, um sich ein neues Buch von „Harry Potter“ zuzulegen. Ich finde ja gut, dass wieder mehr Menschen lesen. Leider gelingt es aber nicht ebenso, die Menschen für eine zukunftsfähige Schule in Bewegung zu bringen, leider.

Zweite Vorbemerkung: Als meine Großmutter zur Schule ging, gab es noch kein Radio und Fernsehen; der Film, genauer der Stummfilm, steckte in den Kinderschuhen. Morgens gab es ein Stück Brot oder Haferflocken. Telefon mit Kurbel und Handvermittlung war ein ungeheurer Luxus.

Als meine Mutter zur Schule ging, gab es Radio, aber noch kein Fernsehen. Kino spielte eine große Rolle, auch in der ideologischen Indoktrination durch Hitlerdeutschland. Morgens gab es Brot mit Margarine und Marmelade oder Haferflocken. Telefon gab es bessere, aber es war ebenso Luxus.

Als ich zur Schule ging, gab es Radio, Fernsehen, nunmehr bunt, zum Frühstück Brot, Marmelade, Wurst und Käse. Wir hatten das Glück und ein Telefon – schwarz, mit einer runden Wählscheibe und als ich aus dem Haus ging, hatten meine Eltern es immer noch.

Als meine Kinder zur Schule kamen, gab es neben Radio und Fernsehen mit stetig größer werdendem Angebot die Anfänge von privater Computernutzung (C 64) und kiloschwere tragbare Telefone. Stationäre Anschlüsse wurden für alle normal. Zum Frühstück gab es Brot mit verschiedensten Zusammensetzungen, Brotaufstrichen und die Haferflocken waren angereichert mit Zusatzstoffen, von denen manchmal niemand weiß, wo diese eigentlich wachsen.

Dieses ist bei den Kindern, die heute zur Schule gehen, insoweit noch verschärft durch Multimediacomputer und Internet, DVD und beginnender Digitalisierung in der Medienwelt, Mobiltelefonitis und SMSitis, einschließlich der damit verbundenen Verschuldung von Kindern und Jugendlichen.

Oftmals wird aber Schule noch genauso gedacht, als hätte sich nichts verändert.

Dritte Vorbemerkung: Auch international verändert sich das Leben. Wir betrachten, wie in Europa üblich, die Bildung als einen unverzichtbaren Kernbereich der Daseinsvorsorge. Die europäischen Bildungsminister haben sich inzwischen auf Benchmarks geeinigt, die z.B. beinhalten, dass bis 2010

- ⇒ der Anteil der Schulabbrecher auf höchstens 10% gesenkt werden soll,
- ⇒ sich die Gesamtzahl der Hochschulabsolventen in Mathematik, Wissenschaft und Technologie um mindestens 15 % erhöhen soll,
- ⇒ der Prozentsatz der leseschwachen 15-jährigen in der EU gegenüber dem Stand von 2000 um mindestens 20 % gesenkt wird und
- ⇒ mindestens 85% (!!!) der 22-jährigen in der EU die Sekundarstufe II abgeschlossen haben sollen.

Man kann als verantwortungsvoller Bildungspolitiker und Bildungspraktiker der EU-Kommissarin Viviane Reding nur zustimmen, die feststellt :

„ Wenn wir uns auf die Aneignung von Wissen sowie die allgemeine und berufliche Bildung konzentrieren, dann geben wir unseren Bürgern das, woran ihnen am meisten gelegen ist: Wohlstand, mehr und bessere Arbeitsplätze, stärkeren sozialen Zusammenhalt und eine intaktere Umwelt. Ohne erstklassige, auf ein lebenslanges Lernen ausgerichtete Bildungseinrichtungen... werden wir das Ziel ..., zum wettbewerbsfähigsten Wirtschaftsraum der Welt mit stärkerem sozialen Zusammenhalt zu werden, nicht erreichen können. ... Wir sollten keine Angst haben davor, von den Erfahrungen der besten Mitgliedsstaaten zu lernen. Nutzen wir Benchmarks und Benchmarking als Instrument für die Aufnahme eines Dialogs und für die Einleitung von Lernprozessen in Politik und Bildung.“ (E.d.Z. – Pressemitteilung IP/03/620)

Aus dem Selbstverständnis der PDS, aber auch aus den bisher genannten Gründen ist es deshalb ist es nur folgerichtig, dass wir uns als Partei und Fraktion in den öffentlichen Diskurs über Schule und ihre Entwicklung mit eigenen Positionen einbringen und diese in der Gesellschaft diskutieren. Wir haben bereits auf dem Landesparteitag im April 2002 einen Leitantrag „Positionen der PDS für eine zukunftsfähige Schule in Mecklenburg-Vorpommern beschlossen. In ihm sind die Vorstellungen und Ziele der PDS für die Gestaltung der Bildungspolitik in unserem Land fixiert. Sie sind gleichzeitig Handlungsanleitung Für die bildungspolitische Arbeit der Landespartei und der Landtagsfraktion

Worin liegen die wesentlichen Eckpunkte für die Bildungspolitik in unserem Land auf dem Gebiet der Schule ?

1. Recht auf Bildung verwirklichen

Ob arm, ob reich, Mann oder Frau, mit oder ohne deutschen Pass, privilegierten oder benachteiligten Eltern, im Osten oder Westen der Republik lebend – aus tiefster Überzeugung haben für uns alle Menschen ein Leben lang ein Recht auf Bildung und die Entfaltung aller ihrer Potenziale. Bildung muss auch unter den Bedingungen der Europäisierung und Globalisierung der Märkte allgemeines Gut und Element der sozialstaatlichen Daseinsvorsorge sein. Eine Steuerung durch den Markt, orientiert an Kundennachfrage und Wettbewerb, kann dies aus unserer Sicht nicht leisten. Denn die auf kurzfristigen Gewinn orientierten Gesetze des Marktes stehen im Widerspruch zu den auf Langfristigkeit und Nachhaltigkeit angelegten Bildungsprozessen und vergrößern tendenziell die

Chancenungleichheit. Jukka Sarjala, der Präsident des finnischen Zentralamtes für das Unterrichtswesen, sagte : „Wir brauchen in unserem Land jeden – hoffnungslose Fälle können wir uns nicht leisten!“ und begründet damit das beharrliche Bemühen von Schule um jeden einzelnen Schüler, jede einzelne Schülerin; beständige Ermutigung und individuelle Förderung sind ihr Schlüssel zum Erfolg. Die deutsche Gesellschaft aber leistet es sich, dass ein Drittel aller 15-jährigen bereits die demütigende oder zumindest entmutigende Erfahrung gemacht hat, sitzen geblieben, heruntergestuft, zurückgestellt, von der Schule verwiesen worden zu sein. Aus Sicht der PDS muss Schule sichern, dass jeder Schüler, jede Schülerin auch ihr Recht auf Bildung verwirklichen kann. Darum ist alles inhaltliche, organisatorische und didaktische zu tun, um den Grundsatz umzusetzen:

2. Chancengleichheit verwirklichen

Dr. Jürgen Kluge, Chef von Mc Kisey & Company Deutschland, stellte im Zusammenhang mit PISA und dem Reformbedarf des deutschen Bildungswesens fest: „ Es ist nicht so, als sei seit Pisa nichts passiert – im Gegenteil. Aber zwei Jahre später haben wir *die* zentrale Frage noch nicht beantwortet: Wie schaffen wir es in Deutschland, was andere Länder seit Jahren schaffen: Weltklasse-Leistung *und* soziale Gerechtigkeit?“ (Erziehung und Wissenschaft 11/2003, S. 12)

Pisa hat gezeigt: Chancengleichheit und hohe Leistungsfähigkeit müssen keine Gegensätze sein, wenn Bildung auf individueller Förderung und nicht auf früher Selektion basiert. Es gibt Bildungssysteme, die beide Ziele verwirklichen. Nicht einmal an der Spitze hat sich die erbarmungslose Auslese des deutschen Schulsystems gelohnt, denn unsere Gymnasiasten leisten trotz der ausgelesenen Schülerschaft kaum mehr als Mittelmaß im Vergleich zu den Spitzen in anderen Ländern. International gesehen haben wir die homogensten Klassen in der Schule und zugleich die einhelligsten Klagen über zu heterogene, auch bei uns im Lande, trotz der bildungspolitischen Geschichte der DDR-Schule bis 1991 und gerade auch in Bezug auf die Umsetzung des Konzepts der Regionalen Schule. Mittlerweile „leisten“ auch wir uns in MV viele Schulen, in denen immer die falschen Kinder oder Jugendlichen sind, die „da nicht hingehören“ und „ ohne die ja alles so viel leichter wäre“. Führende Bildungswissenschaftler stellen fest:

Die Homogenisierung ist in Deutschland zur Qualitätsfalle geworden. Verantwortliche in Bildung und Politik müssen sich doch fragen, welche Lebenschancen Kinder aus sozial benachteiligten Schichten haben, die frühzeitig entmutigt und als Versager etikettiert werden. Welche Lebenseinstellung prägt eine gesellschaftliche Elite, die ab dem 11. Lebensjahr keine gemeinsamen Lernerfahrungen mehr mit jungen Leuten anderer sozialer oder ethnischer Herkunft hat? Hier sollen mit der früher beginnenden Bildung und Erziehung schon im vorschulischen Bereich und der weiteren Veränderung der äußeren Struktur der Schule internationale Erfahrungen viel stärker als bisher umgesetzt werden. Inhalt und Organisation bilden eben eine Einheit; die eine Seite bedingt auch stets Merkmale der anderen Seite dieser Medaille. Das gilt umso mehr, weil der „Auszug“ der Schülerinnen und Schüler aus der deutschen Schule längst in vollem Gange ist, was die Zahlen von Schulschwänzerei und Schulverweigerung eindrucksvoll verdeutlichen.

Deutschland insgesamt jedoch muss aber die Leistungs- und Gerechtigkeitslücken gleichermaßen schließen. Und zwar sowohl zwischen den Bildungseinrichtungen wie zwischen den Bundesländern. Leistungsfähigkeit und Chancengleichheit - daran müssen sich Kulturföderalismus, gegliedertes Schulsystem, die Qualität von Hochschulen, beruflicher Bildung und Weiterbildung messen lassen.

3: Qualität von Anfang an und lebenslanges Lernen

Für alle Bildungseinrichtungen und Menschen aller Altersgruppen muss der Anspruch auf Qualität gleichermaßen gelten, nicht nur im Schulbereich. Nie wieder können Kinder so gut und so viel lernen und können Benachteiligungen so wirkungsvoll ausgeglichen werden wie in der frühen Kindheit. Deshalb ist gerade die Umsetzung des Integrationsgedankens als Wesensmerkmal künftiger Schule in Mecklenburg-Vorpommern umzusetzen. Rechtzeitig investieren statt später reparieren, dies muss aus Sicht der PDS die Devise jeder Qualitätspolitik für Bildung und Erziehung sein. Gerade kleine Menschen brauchen große Aufmerksamkeit und akademisch hervorragend ausgebildete Pädagoginnen und Pädagogen. In den späteren Bildungsphasen müssen Zugangsmöglichkeiten und hohe Angebotsqualität für alle gesichert sein. Darum ist die PDS für längeren gemeinsamen Unterricht und früher beginnende Bildung, wie das mit dem vorschulischen Jahr ja bei uns inzwischen begonnen hat. Die kommende Aufgabe ist es deshalb, die vorschulische Bildung auf die gesamte Zeit des Besuchs einer Kita auszudehnen. Das alles beinhaltet doch die Botschaft: Wir lernen so früh wie möglich, wir lernen gemeinsam, wir gehören zusammen, die „Guten“ wie die „Schlechten“.

4. Den höchst möglichen Bildungsstand in allen Teilen der Bevölkerung erreichen

Wie gut ein Bildungssystem arbeitet, lässt sich daran ermesen, ob und wie gut die Dinge gelehrt, gelernt und erforscht werden, die ALLEN Menschen gleichberechtigte gesellschaftliche Teilhabe und Berufsfähigkeit ermöglichen und die ökonomische und kulturelle Zukunft der Gesellschaft sichern.

Auch hier liegen erhebliche Ansprüche an die Gestaltung von schulischem Alltag. Damit diese grundlegende Aufgabe realisiert werden kann, muss „Lernen als verantwortungsbewusstes, einmischungs- und widerspruchsbereites, erfahrungs- und verständnisintensives, vorstellungsreiches und utopieoffenes, phantasiebegabtes und sinnenreiches, selbstbeobachtendes und selbstkritisches, ordnendes, strukturierendes und regel- begründendes, artikulationsreiches und sprachgewandtes, musisches, rationales und emotionales Tun“ angesehen und gefördert werden, wie es Dr. Susanne Thurn, Schulleiterin der Laborschule Bielefeldt, formulierte. (Kulturpäd. Nachrichten Nr. 69 S. 22)

Nur wenn es gelingt, den schulischen Lernprozess als individuellen Prozess eines jeden einzelnen Schülers zu gestalten, in dem Kinder Zeit zum lernen und Muße zum entwickeln bekommen, werden die Chancen wirklich gegeben. So neu ist allerdings diese Erkenntnis, dass Kinder und Jugendliche auf sehr unterschiedliche Art und Weise lernen nicht. Aktueller denn je sind die Diskussionen im schulischen Alltag um Lernmotivation bei den Mädchen und Jungen. Da sind wir dann auch schon bei der immer wieder aufflammenden Debatte um Begabungen. An dieser Stelle möchte ich aus einen Rundfunkgespräch zitieren, welches am 13. August 1969 im Hessischen Rundfunk zwischen Hellmut Becker und Theodor Adorno stattgefunden hat:

„ Becker: Mir scheint, dass wir an unserem gesamten Bildungswesen...deutlich machen können, dass wir eigentlich nicht zur Mündigkeit erzogen werden. Wenn Sie sich die ganz einfache Tatsache der Dreigliedrigkeit unseres Bildungswesens in Schulen für so genannte Hochbegabte, in Schulen für so genannte Mittelbegabte und in sehr viele Schulen für offenbar kaum Begabte klarmachen, dann ist in ihr eine bestimmte erste Unmündigkeit bereits vorgebildet. Ich glaube, dass wir der ganzen Frage der Mündigkeit nicht gerecht werden, wenn wir nicht den **falschen Begabungsbegriff**, der unser Bildungswesen bestimmt, vorweg durch Aufklärung überwinden. ... Das heißt, dass man jemanden „begaben“ kann. Von hier

wird die Möglichkeit, „Lernen durch Motivierung“ in jedem hervorzurufen, eine besondere Form der Entwicklung von Mündigkeit.

Dazu gehört freilich ein Schulwesen, das nicht ... Ungleichheiten in seiner Gliederung fortsetzt, sondern durch eine frühkindliche Überwindung ... spezifischer Sperren dann die Entfaltung zur Mündigkeit durch Lernmotivation aufgrund eines äußerst differenzierten Angebotes praktisch möglich macht. Das heißt nun nicht Mündigkeit durch Gesamtschule, sondern Mündigkeit durch Abbau der überkommenen Dreigliederung und durch ein sehr differenziertes, vielfältiges Bildungsangebot auf allen Stufen von der Vorschule bis zur ständigen Weiterbildung.“ (E.d.Z.)

Qualität lässt sich nur mit, nicht gegen die Beschäftigten und Lernenden entwickeln. Eine gute Ausbildung sowie eine Kultur gegenseitigen Vertrauens und Respekts sind die Basis jeder Qualitätsentwicklung. Die so genannte „Kuschelpädagogik“ steht eben nicht im Gegensatz zu Leistungsanforderungen an die Schüler.

In Politik, Verwaltung und Bildungseinrichtungen werden Menschen gebraucht, die bereit sind, Verantwortung für die Ergebnisse ihrer Arbeit und Entscheidungen zu übernehmen und an deren Verbesserung zu arbeiten.

Maßnahmen der Selbst- und Fremdevaluation sind aus unserer Sicht nur dann sinnvoll, wenn sie helfen, die Arbeit zu qualifizieren und Schwächen zu überwinden, d. h. wenn sie zur Entwicklung und nicht zur Auslese oder Beschämung genutzt werden.

5. Demokratie und erweiterte Selbstständigkeit der Schule

Aus Sicht der PDS sind Partizipation und Mitbestimmung wichtige Voraussetzungen, damit Menschen gleichberechtigte und selbstverantwortliche Akteure ihrer Lern- und Arbeitsprozesse sein können. Je selbstständiger Bildungseinrichtungen werden, umso mehr Demokratie muss gewagt und verwirklicht werden.

Die erweiterte Selbstständigkeit von Bildungseinrichtungen kann dann zur Qualitätsentwicklung beitragen, wenn die Einrichtungen in die Lage versetzt werden, die neuen Freiräume effektiv und kreativ im Sinne verbindlicher Bildungsziele zu nutzen. Staatlich gesteuerte Verfahren der Qualitätssicherung sind insbesondere in solchen Bildungsbereichen notwendig und rechtlich geboten, in denen eine öffentliche Bildungspflicht besteht und der Staat die Verantwortung trägt, gleiche Bildungs- und Entwicklungschancen zu gewährleisten.

6. Lern- und Arbeitsbedingungen in den Bildungseinrichtungen

Weitere Grundvoraussetzung für eine zukunftsfähige Schule sind vor allem auch gut ausgebildete, innovative und engagierte Lehrerinnen und Lehrer als Experten und Subjekte. Qualifizierte, motivierte, engagierte Menschen, die respektvoll miteinander umgehen, sind Garant für die Bewältigung dieser vielschichtigen pädagogischen und psychologischen Prozesse.

Dafür brauchen sie aus unserer Sicht

- ⇒ Genügend Zeit zum Lernen und Arbeiten in ganztägigen Angeboten in Kindergärten und Schulen;
- ⇒ eine neue Lehr- und Lernkultur der individuellen Förderung, wo Pädagoginnen und Pädagogen Heterogenität akzeptieren und sich konsequent an den Interessen und Problemen der Lernenden orientieren

- ⇒ eine modernen Erfordernissen gerecht werdende Lehrerausbildung an unseren Hochschulen
- ⇒ eine bedarfsgerechte und praxisnahe Fortbildung sowie
- ⇒ eine funktionale und anregungsreiche Lernumgebung in allen Bildungseinrichtungen, die auf die verschiedenen Lern- und Arbeitsbedürfnisse eingeht.

Hier geht es aus Sicht der PDS um langfristige und kontinuierliche Investitionen in Menschen, Ideen, Konzepte, Bedingungen.

Was auf den ersten Blick nach Kosten aussieht, sind tatsächlich höchst rentierliche Investitionen in die Zukunft, und zwar sowohl für den individuellen wie für den gesellschaftlichen Fortschritt und Wohlstand. Geld wird gebraucht:

- ⇒ Für ein bedarfsgerechtes Angebot an Ganztagschulen - in Kitas und Schulen - mit ausreichendem pädagogischen Personal;
- ⇒ für individuelle Lernförderung, Sprachförderung, berufliche Qualifizierung;
- ⇒ für Ressourcen, Unterstützungseinrichtungen und Beratungsdienste (Bibliotheken, Computerausstattungen, moderne Lehr- und Lernmaterialien, Bildungsberatung, Schulpsychologinnen und -psychologen);
- ⇒ für den Ausbau von Studienplätzen und
- ⇒ für Weiterbildungsangebote, die lebenslanges Lernen unabhängig vom Geldbeutel zur biografischen Selbstverständlichkeit werden lässt.

Nun wird der eine oder andere sagen: Wie blauäugig ! Sieht die PDS denn nicht, wie es um die Finanzen in der Republik und dem Lande bestellt ist?

Genau deshalb ! Weil es um eine klare Prioritätensetzung geht, gerade auch in Zeiten knapper Kassen. Weil es darum geht, in der Mehrheit der Bevölkerung eine breite Zustimmung dafür zu bekommen, Geld für zukunftsfähige Bildung auszugeben und nicht für Straßen und Fluglinien, so schön das auch wäre! Jeden EURO auch im Bildungsbereich so an Ergebnissen orientiert einzusetzen wie nur irgend möglich, das schließt aber eben auch die Erkenntnis ein, dass Bildung keine Spardose der Nation ist, eben auch nicht im Vergleich mit anderen Ländern. Wir haben, mit Verlaub, nicht zu viel Lehrerinnen und Lehrer an unseren Schulen, sondern zu wenig! Von weiterem Stellenabbau zu sprechen, ist kontraproduktiv.

Fazit:

Eine zukunftsfähige Schule muss also aus Sicht der PDS eine sein, die Chancengleichheit sichert und damit eine umfassende humanistische Bildung und Erziehung gewährleistet. Nur dann ist die Entwicklung von Jungen und Mädchen derart gesichert, dass sie ihr Recht auf Bildung wahrnehmen können. Dafür hat sich die PDS-Bildungspolitik immer eingesetzt.

7. Die historischen und aktuellen Bedingungen für die Gestaltung von Schulpolitik in Mecklenburg-Vorpommern.

Das mit Abstand gravierenste Problem war und ist die demografische Entwicklung. Die Geburtenraten des Landes Mecklenburg-Vorpommern, die Ende der 80iger Jahre noch 28.000 bis 30.000 betragen, haben sich auf ca. 12.500 Geburten pro Jahr reduziert und bleiben mit sehr geringen Schwankungsbreiten relativ konstant. Den absoluten Tiefststand hatten wir im Jahre 1994 mit 8934 Geburten.

Das konnte nicht ohne Auswirkungen auf die pädagogischen und schulorganisatorischen Rahmenbedingungen des Landes und der Kommunen als Schulträger bleiben.

Ich nenne nur die wesentlichen Auswirkungen:

- ⇒ Reduzierung von Schulstandorten bei allen Schularten und damit Verlängerung der Schulwege und Verminderung der Möglichkeit zu wohnortnahen Schulangeboten bei gleichzeitiger Erhöhung der Kosten für die Schülerbeförderung und Problemen bei der Nachnutzung von Schulgebäuden. Dörfer und kleine Städte verlieren ihre Schulen als meist letzte verbliebene kulturelle Einrichtung;
- ⇒ Verkleinerung der Klassenstärken vor allem im ländlichen Raum und damit Veränderung der Schüler-Lehrer-Relation. Das ist verbunden mit einer zunehmenden Erhöhung der Personalkosten für die Absicherung der Unterrichtsversorgung;
- ⇒ Die Unterschiede zwischen den größeren Städten und dem ländlichen Raum werden größer. Während im ländlichen Raum wegen der Schulwege auch kleine Klassen und kleine Schule erhalten werden müssen, sind in den Städten die Klassenstärken an der oberen Grenze der zulässigen Schülerzahl;
- ⇒ Veränderungen bei der Bildungsbeteiligung in den verschiedenen Schularten. Es wird immer schwieriger, die verbleibenden Schülerinnen und Schüler nach der Grundschule auf die verschiedenen weiterführende Bildungsgänge eines gegliederten Schulsystems „zu verteilen“. Das uneingeschränkte Wahlrecht der Eltern nach der 4. Klasse der Grundschule führte und führt (häufig entgegen der Schullaufbahneempfehlung der Grundschule) dazu, dass der Hauptschulbildungsgang kaum noch, dafür das Gymnasium überproportional gewählt werden;
- ⇒ Der Lehrereinsatz erfolgt häufig an mehreren Schulen. Damit wird einerseits die Identifikation erschwert, andererseits wird die Absicherung von fachgerechtem Unterricht sowie der Vertretung bei Ausfall der Lehrkraft komplizierter. Das wird zusätzlich durch die Teilzeitbeschäftigung der Lehrkräfte nach dem Lehrpersonalkonzept von 1995 (Mindestbeschäftigungsumfang 66%+ schul- und fachabhängigen Zusatzstunden) problematischer;
- ⇒ An kleinen Gymnasien kann das bisherige Kurssystem in der gymnasialen Oberstufe nicht mehr aufrechterhalten werden. Es kommt vermehrt zu Qualitätseinbußen durch die verminderten Wahlmöglichkeiten und Kursangebote;

Fazit:

Es zeigte sich, dass das straff gegliederte Schulsystem den Bildungserfordernissen und zugleich den landestypischen Anforderungen und Entwicklungen nicht mehr gerecht wurde. Insbesondere die mögliche Verteilung der Schülerinnen und Schüler nach der 4. Klasse auf inzwischen 6 verschiedene Schularten (Hauptschule, Realschule, verbundene Haupt- und Realschule, Gymnasium, Gesamtschule und Förderschule) war durch die zurückgehenden Schülerzahlen nicht mehr praktikabel. Vor allem die wohnortnahen Standorte des mittleren

Bildungsweges wurden massiv in ihrem Bestand gefährdet. Klar wurde auch, dass marginale Änderungen oder Änderungen in Teilbereichen uns nicht mehr weiterbringen.

Es war folglich an der Zeit über tief greifende Veränderungen bei den Schulstrukturen und den pädagogischen Rahmenbedingungen zu entscheiden. Der häufig kolportierte Einwand „es muss endlich Ruhe an den Schulen sein“, konnte nicht gelten, weil sonst die Gefahr besteht in wenigen Jahren vor einem strukturellen und bildungspolitischen Desaster zu stehen.

Darum haben wir mit der 9. Änderung des Schulgesetzes gemeinsam mit dem Koalitionspartner den Ausstieg aus dem gegliederten Schulsystem begonnen.

Die Fraktionen der PDS und SPD haben im Mai 2004 den Gesetzentwurf der Landesregierung zum 9. Änderungsgesetzes nachhaltig verändert. Darin waren vorher vor allem schulstrukturelle und schulorganisatorische Fragen Gegenstand des Gesetzentwurfs. Sie hätten eine große Zahl von Schulschließungen bei Grundschulen, Regionalschulen und Gymnasien zur Folge gehabt. Eine wohnortnahe Beschulung wäre nicht mehr möglich gewesen.

Es entstand in den Parlamentsgremien der Koalition praktisch ein neues Gesetz.

Es wurde jetzt das längere gemeinsame Lernen in einer schulartenunabhängigen Orientierungsstufe beginnend mit den Klassenstufen 5 und 6 verankert. Beginnend mit dem Schuljahr 2006/07 werden die Schülerinnen und Schüler nach der Grundschule in die Klasse 5 nur noch an eine weiterführenden Regionalen Schule oder Gesamtschule wechseln. Das Gymnasium beginnt damit erst mit der 7. Klasse (Ausnahme Sport- und Musikgymnasien).

Am Ende der 6. Klasse können die Eltern die weiterführende Schule für ihr Kind frei wählen. Die Schule unterstützt sie mit einer Schullaufbahnpflichtempfehlung. Folgen die Eltern der Schullaufbahnpflichtempfehlung nicht, ist das 1. Halbjahr am Gymnasium ein „Probahalbjahr“.

Wegen der möglichst wohnortnahe Schulen wird es weiterhin Ausnahmeregelungen für einzügige Schulen am Einzelstandort geben, wenn die Schulwege nicht mehr zumutbar sind.

Die Koalitionsfraktionen sind sich darüber einig, dass das längere gemeinsame Lernen perspektivisch bis mindestens einschließlich der Klasse 8 auszuweiten ist. Das wurde mit der Verabschiedung des 9. Änderungsgesetzes durch eine Entschließung öffentlich dokumentiert.

Die Kritik der meisten Lehrerverbände, Eltern und Schüler richteten sich nicht gegen das längere gemeinsame Lernen sondern forderten die dazu notwendigen Rahmenbedingungen (Klassenstärken, Schulgrößen, Förder- und Teilungsstunden) sowie gegen die vermeintlich „überhastete“ Einführung. Die CDU-Opposition forderten die Rücknahme des Gesetzentwurfs und die Einsetzung einer Enquetekommission, die bis Ende 2006 (Wahljahr) ihre Ergebnisse vorlegen sollte.

Wie soll es weitergehen?

- Der längere gemeinsame Unterricht wird beginnend mit der Klasse 5 zum 1.8.2006 in Kraft treten.
- Die Beschränkung des gemeinsamen Unterrichts auf die Klassen 5 und 6 ist wegen der Regelungen des „Hamburger Abkommens“ und anderer Vorschriften der Kultusministerkonferenz (KMK) notwendig.

- Diese Voraussetzungen sollten noch beachtet werden, weil sie (noch) für die bundesweite Anerkennung des Abiturs maßgebend sind.

Wir sind also „auf dem Weg“ und haben die gesetzlichen Grundlagen geschaffen. Jetzt besteht die Hauptaufgabe darin, die inhaltlichen Aspekte auszugestalten. Insbesondere geht es aber vor allem darum durch die Praxis die bestehenden Bedenken zu zerstreuen, die Vorbehalte abzubauen und letztlich auch in Deutschland (wieder) den Nachweis zu führen, dass integrative Schulsysteme den Ansprüchen an Chancengleichheit, sozialer Ausgewogenheit und hohem Bildungsniveau für alle Schülerinnen und Schüler am besten entsprechen und das selektive unsoziale Bildungssystem nach 150 Jahren ausgedient hat.